

BUND DER DEUTSCHEN LANDJUGEND

Claire-Waldoff-Straße 7

10117 Berlin

☎ 030-31904-255

fax 030-31904-206

Wir steh'n fürs Land.

BDL-Grundsatzpapier zum strukturellen und demografischen Wandel im ländlichen Raum

1 Einführung

Im allgemeinen Sprachgebrauch ist der „ländliche Raum“ verbunden mit Postkartenidyllen von wogenden Getreidefeldern, strahlend blauem Himmel, urigen Dörfern und wiederkäuenden Kühen. Dieser „ländliche Raum“ ist allerdings weit mehr: Standort für Energiegewinnung und Nahrungsmittelerzeugung, Wirtschaftsraum für selbstständige Unternehmen, werte- und traditionsbehaftete Heimat, Wohn- und Lebensmittelpunkt – auch für junge Menschen, Tourismusregion und Naherholungsgebiet. Der Bund der Deutschen Landjugend (BDL) setzt sich dafür ein, den Wert und die spezifische Lebensqualität des ländlichen Raums wahrzunehmen, zu schätzen und mitzugestalten. Wir wollen den ländlichen Raum als lebenswerten und lebendigen, eigenständigen Wohn-, Lebens- und Wirtschaftsraum erhalten und gerade angesichts des demografischen Wandels Lebens- und Bleibeperspektiven insbesondere für junge Menschen sichern und weiterentwickeln.

Das vorliegende Grundsatzpapier nimmt die spezifischen Bedingungen für das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in den ländlichen Räumen vor dem Hintergrund der Landflucht (Urbanisierung) und dem demographischem Wandel in den Blick. Daraus leiten wir Forderungen und Handlungsempfehlungen ab. Der BDL bietet mit diesem Papier Orientierung, Ausrichtung und Denkanstöße.

Um der Komplexität des Themas Demografischer Wandel gerecht zu werden, wird es beim Bund der Deutschen Landjugend anhand seiner verschiedenen Aspekte folienartig behandelt. Der BDL hat daher in der jüngeren Vergangenheit bereits Positionen formuliert, die sich mit Fachkräftemangel, Gesundheitsversorgung, Schule und Landwirtschaft befassen. Die bereits ausgearbeiteten Positionen werden in dem vorliegenden Papier vernachlässigt¹.

2 Statistische Entwicklungen

Die wirtschaftlichen und demografischen Veränderungen in unserer Gesellschaft sind bereits jetzt

¹ Zu finden unter www.landjugend.de

BDL-Grundsatzpapier „Wir steh'n fürs Land.“

sichtbar. Der errechnete Bevölkerungsrückgang von noch 81,7 Millionen EinwohnerInnen im Jahr 2003 auf 65 bis 70 Millionen im Jahr 2060 würde zugleich eine Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung mit sich bringen. Ein Fünftel der Bevölkerung ist heute unter 20 Jahren, ein weiteres über 65 Jahren und älter. Der Anteil der über 65-Jährigen und Älteren soll im Jahr 2060 34 % betragen. Der Anteil der unter 20-Jährigen werde hingegen zwischen 2011 und 2060 von 18,2 auf 15,7 % zurückgehen². Diese Entwicklungen und Hochrechnungen gründen auf der seit knapp 40 Jahren niedrigen Geburtenrate, der steigenden Lebenserwartung, der Veränderung von Lebens- und Familienformen und werden ergänzt durch ein Wachstum der ethnischen Heterogenität³.

Allerdings sind die Entwicklungen schon heute sehr stark regional geprägt. Die ländlichen Räume – das sind dynamische, den Strukturwandel erfolgreich gestaltende Gemeinden bis hin zu strukturschwachen Gegenden sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland – sie sehen sich jeweils sehr differenzierten ökonomischen und sozialen Herausforderungen gegenüber. Insbesondere der periphere ländliche Raum wird von den Folgen der gesellschaftlichen und sozialen Veränderungen bewegt: durch Schrumpfung, Zerfall von Gebäuden, Wegfall oder Fehlen von wettbewerbsfähigen Marktstrukturen, kommunale Verschuldung, der prozentual geringere Anteil von Frauen, niedriges Qualifikationsniveau und Arbeitslosigkeit bei Erwerbsfähigen, Perspektivlosigkeit bei Jugendlichen, Überalterung und Landflucht. Ohne die Veränderungen bewerten zu wollen, wirken insbesondere die ökonomischen und technischen Veränderungen der letzten Jahrzehnte im ländlichen Raum gravierend.⁴

Der Blick auf die Statistiken und die daraus resultierenden Hochrechnungen sollte jedoch zugleich kritisch erfolgen⁵. „Die“ Gesellschaft verändert sich ständig. Der Fokus sollte sich vor allem auf die aktive Gestaltung dieser Veränderung richten. Es braucht eine beständige gesellschaftliche Debatte in der vor allem die Stimme der jungen Generation Gehör finden sollte, denn sie sind diejenigen, die unsere Werte, Ideale, Moral und Leistungen weitertragen. Die ländlichen Räume werden bei ohnehin geringeren Einwohnerzahlen vor allem durch die Abwanderung beeinflusst. Das prägt die politischen Forderungen der Landjugend.

Aufgrund der Heterogenität der ländlichen Räume kann es daher keine allgemeingültige Strategie und Lösung geben, sondern es sind EntscheidungsträgerInnen – PolitikerInnen, UnternehmerInnen, Verwaltungsfachkräfte – gefragt, die regional angepasste Ideen zulassen und ausprobieren, Handlungsstrategien lokal aushandeln und umsetzen und nicht müde werden, den Wandel aktiv (mit) zu

² Bundesministerium des Innern (Hrsg.): Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes. 2011.

³ Das Adjektiv „ethnisch“ leitet sich vom Begriff Ethnie ab. Eine ethnische Gruppe definiert für sich selbst sinnhafte Grenzen. Das können Abstammung, Geschichte, Kultur, Sprache oder Religion sein, aber auch die Verbindung zu einem spezifischen Territorium sowie ein Gefühl der Solidarität. Nach außen hin müssen keine Gemeinsamkeiten erkennbar sein. (nach M. Bös: „Ethnizität und Grenzen in Europa.“ S. 49 ff. in Deger, P.; Hettlage, R. (Hrsg.): „Der europäische Raum. Die Konstruktion europäischer Grenzen“, 2007.) Gemeint ist mit „ethnischer Heterogenität“ daher eine Vielfalt von Gruppen, wobei die Gruppenzugehörigkeit sich an weit mehr als nur an Religion oder Herkunft orientiert.

⁴ vgl. Willisch, A. „In Gesellschaft des Umbruchs“, S. 57 ff. in Faber, K.; Oswalt, P. (Hrsg.): „Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge“, 2013.

⁵ vgl. Gerd Bosbach: „Schwarzmalen nach falschen Zahlen. Wieso Politik und Wirtschaft demographische Horrorvisionen streuen.“ in DBJR:

BDL-Grundsatzpapier „Wir steh'n fürs Land.“

gestalten. Die Frage nach der Gestaltung des demografischen Wandels ist auch die Frage nach der künftigen Ausgestaltung unserer Gesellschaft. Wie wollen wir miteinander leben? Es gilt, flexible und dezentrale, interkommunale Lösungen unter Beteiligung der BürgerInnen ganzer Regionen auszuhandeln.

3 Unterschiedliche ländliche Räume, unterschiedliche Lebenslagen, unterschiedliches Handeln

Die gesellschaftlichen Veränderungen per se beinhalten keine Handlungsansätze. Es bedarf politischer Bewertungen, Regelungen und Entscheidungen. Es müssen Prioritäten für ein Handlungskonzept gesetzt werden. Wie dies geschehen kann, soll aus der Perspektive junger Menschen für unterschiedliche Themen gezeigt werden: (kommunale) Politik zu Beteiligung und Daseinsvorsorge sowie Perspektiven für junge Menschen, Jugendarbeit allgemein und nicht zuletzt Landjugend selbst.

Darüber hinaus muss die Unterschiedlichkeit der ländlichen Räume in die Überlegungen einbezogen werden. Die demografischen Veränderungen in den ländlichen Räumen werden je nach Regionstypus sehr unterschiedlich ausfallen und Wirkung zeigen. Hier gilt es, der Verschiedenartigkeit jeder einzelnen Region gerecht zu werden und zugleich Kategorien zu finden, die den Austausch zu strategischen Planungen und Handlungsempfehlungen ermöglichen. Dementsprechend differenziert muss auch der Diskurs im Bund der Deutschen Landjugend sein. Eine mögliche Typologie für ländliche Räume, die den Blick auf die unterschiedlichen Ausprägungen sowie die Entwicklungspotentiale der Regionen richtet und zudem politische Empfehlungen ermöglicht, stellt J. Scholz⁶ vor. Sie unterscheidet verschiedene Ausprägungen im ländlichen Raum für Europa, die vor allem das Potential der jeweiligen Region im Blick hat. Von sozio-ökonomisch schwachen, ländlichen bis hin zu ländlichen Regionen mit ökonomischem Erfolg. Die beeinflussbaren Unterschiede für die einzelnen Regionstypen liegen vor allem im Zuwachs bzw. der Zuwanderung.

Bei aller regionaler Unterschiedlichkeit ist jedoch im Artikel 72 Absatz 2 Grundgesetz festgeschrieben, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Deutschland bei Planungen und Entwicklungen unter Berücksichtigung der Lebensverhältnisse künftiger Generationen einzuhalten ist. Unter Gleichwertigkeit ist daher die Verschiedenartigkeit von Regionen als gleichberechtigt sowie die verschiedenen Ausprägungen als gleichwertig anzuerkennen. Zugleich ist nach wie vor eine breite, gemeinsam getragene Verantwortungsgemeinschaft gefordert, die jedoch gleichwertig nicht als gleichförmig sondern als gleichgestellt und getragen von gegenseitiger Anerkennung versteht⁷. Die Vielfalt der Regionen braucht den Gestaltungswillen ihrer EinwohnerInnen und die dafür erforderlichen Spielräume in einem gleichberechtigten synergetischen Miteinander, ohne einzelne Regionen per se

„Demografischer Wandel. Gestaltung unter veränderten Rahmenbedingungen.“, Berlin 2008.

⁶ Nach Scholz, J. 2009: Rural Regions in Europe. A new typology based on regional development potentials. International Conference of the European Society for Ecological Economics (ESEE), 'Transformation, Innovation and Adaptation for Sustainability. Integrating natural and social sciences', 02.07.2009, Ljubljana, Slovenia.

⁷ vgl. Barlösius, E.: „Gleichwertig ist nicht gleich“ in Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ) 37/2006: Ländlicher Raum, S.16 ff.

BDL-Grundsatzpapier „Wir steh'n fürs Land.“

abzuschreiben. Die verschiedenen Generationen vor Ort müssen entscheiden können, wie sie gemeinsam in Zukunft ihre Heimat (be-)leben wollen. Dazu gehört eine breite Diskussion um Mindeststandards, um unsere gesellschaftspolitischen Ziele sowie ggf. unkonventionelle Lösungsansätze⁸.

4 Wie lässt sich der demographische Wandel gestalten?

4.1 Einmischen...

... in (Kommunal-)politik

Der demografischen Entwicklung und Landflucht darf nicht nur auf Ortsebene begegnet werden. Veränderungen müssen aus der Perspektive der Region z.T. über Landkreis- und Ländergrenzen hinweg angegangen werden, um sinnlose Konkurrenzen zwischen einzelnen Kommunen und Dörfern zu unterbinden. Entsprechende Kooperationen von Kommunen insbesondere in Regionen mit schwierigen Voraussetzungen wie hoher Arbeitslosenquote, niedrigem Bildungsstand und hoher Abwanderungsrate bedürfen der gesetzlichen und finanziellen Unterstützung insbesondere auch bei der Bedarfsfeststellung und den Gestaltungsprozessen. Dafür sind Anreize und Unterstützungsangebote notwendig, die Regionen im Ganzen betrachten und Handwerkszeug für die Bearbeitung zur Verfügung stellen.

Kommunen selbst müssen sich als Initiator, Koordinator und Moderator in einem komplexen Netzwerk von Akteuren⁹ verstehen. Es muss ein gesamtgesellschaftlicher Konsens darüber hergestellt werden, dass das Wohnen in ländlichen Räumen, nicht mit Wohnen im Park gleichzusetzen ist. Der ländliche Raum ist und bleibt Wirtschaftsraum, daher muss die Ansiedlung von Unternehmen bzw. der Fortbestand wirtschaftlicher Aktivitäten unterstützt und weiterentwickelt werden.

Regionen (Landkreise und Kommunen) brauchen daher Offenheit bei der Analyse von Potentialen, Nutzung von Chancen, Gestaltung möglicher Entwicklungen und Initiierung von Kooperationen. Hierfür müssen geeignete Instrumente und Verfahrensweisen zur Verfügung stehen. Dabei sollten auch Strategien anderer (nicht nur europäischer) Länder bei der Erarbeitung eines „Werkzeugkoffers“ Berücksichtigung finden.

Politik vor dem Hintergrund des demografischen Wandels muss sich grundlegend Gedanken über die Frage der Vertretung und Förderung von Kinder und Jugendlichen in einer demokratischen Gesellschaft machen. Unterschiedliche Beteiligungsmöglichkeiten, die über die bestehenden formalen hinausgehen, sind zu etablieren, entsprechende didaktische und methodische Instrumente zu konzipieren und zur Verfügung zu stellen. Aus dieser Sicht ist daher auch über die Frage des Wahlalters dringend neu nachzudenken.

⁸ Vgl. Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.): Interkommunale Kooperation in ländlichen Räumen. Untersuchung des Instruments hinsichtlich der Sicherung der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen, 2012.

⁹ Prof. Dr. Dehne, P.: „Ein Umbau der Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen ist notwendig.“ S. 7 in Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.): „Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck. Wie reagieren auf den demografischen Wandel?“, 2013.

... durch die Förderung von Beteiligung und Engagement

Engagement von Kindern und Jugendlichen für Veränderungen findet nur dann statt, wenn Beteiligung als Teilhabe an echten Entscheidungen verstanden wird und Erfolge sichtbar werden. Daher sind junge Menschen frühzeitig mit tatsächlichen, weitreichenden Entscheidungskompetenzen auszustatten. Der Umgang mit beteiligungsorientierten Verfahren ist zu vermitteln und eine entsprechende Begleitung bereitzustellen. Um spezifische Lösungen zu ermöglichen sind Ausnahmetatbestände bzw. Öffnungsklauseln notwendig¹⁰.

Unternehmen und Politik in den ländlichen Räumen müssen zudem mehr in die Kommunikation mit den BürgerInnen der Kommunen eintreten, um Konsens über die Rahmenbedingungen für aktuelle und künftige Planungen herzustellen. Regionalentwicklung sollte mit breiter Beteiligung ähnlich wie Jugendhilfeplanung gesetzlich verankert werden.

Lebendige Dörfer brauchen junge Menschen und Gemeinschaften, die anpacken, initiieren und begeistern können¹¹. Sie bringen Ressourcen ein, stöbern Potentiale auf und arbeiten an neuen Koalitionen.¹² Sie verfügen über ein hohes Selbstorganisationspotential und greifen auf gemeinschaftsorientierte informelle Milieus zurück. Dabei bringen sie sowohl strategisches Denken hinsichtlich Machtstrukturen und deren Verteilung, Politik und Zivilgesellschaft mit, als auch erhebliche Vernetzungspotentiale. Für ihr Engagement nutzen und brauchen sie den Zugang zu Neuen Medien¹³ Auch daher ist der schnelle und flächendeckende Breitbandausbau mit hoher Übertragungsrate insbesondere in peripheren ländlichen Gebieten notwendig – selbstverständlich auch für gesundheitliche Grundversorgung, ökonomische Entwicklung, Bildungsangebote, Telearbeit u.a..

Mobilität muss generell für unterschiedliche Altersgruppen neu gedacht werden. Auch im Kontext von Beteiligung und Engagement ist Mobilität ein wichtiges Grundelement: Nur wer sich bewegt bzw. bewegen kann, kann sich beteiligen und (mit)gestalten. Dazu gehört die vereinfachte Möglichkeit, den PKW-Führerschein mit 16 bei besonderer struktureller Problemlage erlangen zu können.

... durch gute Ausbildung

Ebenso müssen Ausbildungsgänge z.B. der Verwaltungswirtschaft und –wissenschaft oder Politikwissenschaft dem derzeitigen Wandlungsprozesse schleunigst Rechnung tragen, um das Selbstverständnis von kommunalpolitischen und verwaltungstechnischen EntscheidungsträgerInnen entsprechend zu sensibilisieren. Dabei müssen auch Methoden und Ansätze zur Beteiligung und verbesserten Kommunikation mit Jugendlichen und BürgerInnen vermittelt werden. Generell muss Regionalent-

¹⁰ nach Willisch, A. „In Gesellschaft des Umbruchs“, S. 57 ff. in Faber, K.; Oswald, P. (Hrsg.); „Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge“, 2013.

¹¹ Nach <http://entersocial.de/dorfkuemmerer> (Abruf am 13.8.13)

¹² nach Willisch, A. „In Gesellschaft des Umbruchs“, S. 57 ff. in Faber, K.; Oswald, P. (Hrsg.); „Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge“, 2013.

¹³ Nach Matthiesen, U.; „Raumpioniere und ihre Möglichkeitsräume.“, S. 153 ff. in Faber, K.; Oswald, P. (Hrsg.); „Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge“, 2013.

BDL-Grundsatzpapier „Wir steh'n fürs Land.“

wicklung als Querschnittsaufgabe, die in einem interdisziplinären Team vorangetragen wird, verstanden werden.

Jegliche Ausbildungen und deren Inhalte sollten bundesweit durchweg so gestaltet sein, dass eine Rückkehr in die ländlichen Räume nicht an unterschiedlich Gelerntem der einzelnen (Fach-, Berufs-, Hoch-) Schulen scheitert. Hier gilt es bereits bei der Ausgestaltung von Lehrplänen der einzelnen Schulformen anzusetzen. Ausbildungsmöglichkeiten und entsprechende Kooperationen zu künftigen Arbeitgebern sollten insbesondere im ländlichen Raum gefördert werden.

4.2 Jugendarbeit erhalten und Lebensperspektiven für Jugendliche entwickeln

Voran zu stellen ist, dass demografische Entwicklungen nicht zu sozialem Druck auf den einzelnen Jugendlichen führen dürfen (z.B. wenn nur noch 11 Jugendliche im Dorf sind und sich die Frage nach einer Fußballmannschaft stellt). Die gesellschaftlichen Veränderungen führten im ländlichen Raum bereits dazu, dass jugendkulturelle Selbstständigkeit begrenzter ist und Interaktionserfahrungen mit Gleichaltrigen abnehmen. Jugendarbeit muss daher ihre Angebotsstruktur an den Bedürfnissen und Interessen der Kinder und Jugendlichen ausrichten.

Dem „kurzfristigen Kämmerer-Reflex“ zur Konsolidierung von Haushalten, der auf Orts-, Landes- und Bundesebene im Bereich der Förderung von Jugendarbeit anzutreffen ist, müssen rationale Überlegungen und Abwägungen zur langfristigen Entwicklung der ländlichen Räume und zur Zukunftsfähigkeit entgegen gestellt werden. Nur durch einen in der Region herbeigeführten Konsens zwischen allen Akteuren aufgrund eines gemeinsamen Entwicklungs- und Planungsprozesses sind zukunftsfähige und insbesondere langfristig wirkende Entscheidungen möglich. Bei der Festlegung der Mittel muss es um den qualitativen Ausbau der Angebote und nicht um eine Pro-Kopf-Berechnung gehen. Aktuell ist bereits zum Teil die Beibehaltung der bisherigen Förderung eine Investition in die Qualität der Angebote. Dennoch sollte die Finanzierung an die Inflationsrate gekoppelt werden.

Die Zentralisierung von Jugendarbeit und ihrer Angebote aus Sparsperspektive, muss die Kosten für die zusätzliche Mobilität ihrer NutzerInnen einbeziehen. Keine Lösung ist es, diese den BürgerInnen oder Jugendlichen allein zu überlassen. Die Abnahme der Zahl von Jugendlichen ist vor allem auch die Chance bestehende Angebote der Jugendarbeit finanziell bedarfsgerecht auszustatten und dadurch die Qualität der Angebote zu stärken. Daher ist die erhöhte Mobilität gesondert zu betrachten und finanziell zu unterfüttern.

Die Vereinfachung der Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln des Bundes und der EU sollte politisch und fachlich vorangetrieben werden. Diese Diskussion ist an anderer Stelle zu intensivieren. Allerdings ist hier festzuhalten, dass bürokratische Hürden die Beantragung kleiner Fördersummen, die Verwaltung der Mittel und den Nachweis der jeweiligen Verwendung deutlich erschweren. Insbesondere für kleinere Kommunen oder Vereine mit geringen Personalkapazitäten bedeutet dies einen hohen Nachteil. Daher sind hier Selbstverwaltungsspielräume der Kommunen zu erhöhen, Ermessen-

BDL-Grundsatzpapier „Wir steh'n fürs Land.“

spielräume auszuschöpfen und Beantragungen und Nachweise zu vereinfachen.

Es wird nicht überall Jugendarbeit wie wir sie jetzt kennen aufrecht zu erhalten sein. Daher wird es auch ländliche Räume geben, in denen (neue) Kooperationen im Bereich der Jugendarbeit notwendig sind, um überhaupt Angebote für junge Menschen erhalten zu können. Es darf keinen Konkurrenzkampf um die knappe Ressource Jugendliche geben¹⁴. Die Selbstverwaltung der Kommune muss auf neue Art und Weise genutzt werden, u.a. so dass junge Menschen Zeiträume und reale Räume erhalten, um mitzugestalten. Die Idee, dass Schule nur eine begrenzte Zeit in Anspruch nehmen darf z.B. eine begrenzten Anzahl von Schulstunden inklusive Zeit für Hausaufgaben in der Woche, wäre nur eine Möglichkeit über die nachgedacht werden sollte.

4.3 Landjugendarbeit

Die Landjugend hat nicht nur sich selbst im Blick, sondern insgesamt die Kommune und die Jugend in der Gemeinde. In den politischen und finanziellen Forderungen der Landjugend wird diesem Wandel u.a. hinsichtlich Mobilitätsanforderungen, Raumfragen, Bezugspersonen und Zusammenarbeit Rechnung getragen.

Das „Argument“ Demografischer Wandel wird insbesondere in Haushaltsdebatten oftmals benutzt, um Entwicklungen einzuleiten, die sonst nicht durchsetzbar wären. Daher ist das kritische Bewusstsein und die Aufmerksamkeit des BDL, seiner Landesverbände, Bezirks-, Kreis- und Ortsgruppen und des einzelnen Landjugendlichen notwendig und sollte unterstützt werden.

Der BDL mischt sich in die Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse ein. Wer die Heimat bewahren möchte, muss sich aktiv einmischen und nachhaltig mitgestalten. Projekte, Maßnahmen, Bildungsangebote und Strategien für politische und gesellschaftliche Einmischung, aber auch Landjugendfesten, Erntedankaktionen, Maibaumfeste etc. sind dazu notwendig

Der BDL sieht sich als Verband für alle im ländlichen Raum lebenden jungen Menschen und hält es daher für wichtig, Kooperationen mit Dritten über spezifische Ausrichtungen oder Themen hinweg anzustreben und einzugehen.

5 Forderungen und Konsequenzen

5.1 Der Bund der Deutschen Landjugend und seine Landesverbände werden deshalb...

... eine Vorreiterrolle im ländlichen Raum einnehmen. Es geht darum unsere Regionen zu bewegen und weiterhin Motor und verlässlicher Ansprechpartner zu sein! Dabei wollen wir nicht nur Ideen einbringen und Verbündete suchen, sondern den Prozess der Entwicklung unserer Regionen mit Herz und Hand ins Rollen bringen.

... offen auf andere freie Träger und Verbände zugehen und Kooperationen eingehen.

BDL-Grundsatzpapier „Wir steh'n fürs Land.“

... konstruktiv und kritisch die Entwicklungen vor Ort begleiten und uns in Entwicklungsvorhaben, Planungsprozesse und Diskussionen einmischen.

... im eigenen Umfeld die Ausbildungs- und Berufsperspektiven für junge Menschen im ländlichen Raum mitgestalten und verbessern.

5.2 Von der Politik fordern wir ...

... die gesetzliche und finanzielle Unterstützung von Kommunen zugunsten von überregionalen Kooperationen.

... eine Region als Ganzes über Gemeinde- und Ländergrenzen hinweg bei Planungsvorhaben und –prozessen (Schulstandorte, Hochwasserschutz, wirtschaftliche Entwicklung, touristische Planung, zentrale Orte etc.) zu betrachten.

... die Beachtung und Einbeziehung junger Menschen als Betroffene und Agierende an allen Planungs- und Entwicklungsprozessen auf allen Ebenen, insbesondere wenn es um Zukunftsfragen geht, bspw. durch die Einführung eines „Jugend-Checks“.

... die Intensivierung der frühzeitigen Kommunikation zwischen Unternehmen und BürgerInnen in ländlichen Regionen insbesondere bei Planungsvorhaben.

... den ländlichen Raum als Wirtschaftsraum zu erhalten und auszubauen.

... Regionalentwicklungsplanung analog zu Jugendhilfeplanung zu installieren.

... dass Konzepte und Wissen zur Beteiligung von BürgerInnen als ein wichtiger Fachinhalt in die Aus- und Fortbildung von Verwaltungsfachkräften integriert wird.

... Mobilität auch als wichtiges Grundelement für die individuelle Lebenslage sowie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu begreifen. Daher fordert der BDL, dass das Erlangen des PKW-Führerscheins mit 16 bei besonderer struktureller Problemlage vereinfacht wird.

... die Schaffung einer Anlaufstelle für Jugendliche in jeder Kommune. Dabei ist der demokratisch und selbstorganisierten Jugend(verbands)arbeit von und für Jugendliche stets Vorrang einzuräumen.

... freie Zeiträume für junge Menschen bereit zu stellen z.B. durch die Begrenzung der Wochenstundenzahl für Schule inklusive Hausaufgaben.

5.3 Für den Bereich Jugendhilfe und –arbeit regen wir an ...

... bei Zentralisierungsvorhaben von Angeboten die erhöhten Kosten für die Mobilität ihrer NutzerInnen nicht auf die Jugendlichen abzuwälzen sondern entsprechende Fahrdienste oder mobile Lösungen zu entwickeln.

¹⁴ nach M. Gille: „Vom Wandel der Jugend.“ In DJI Impulse. Das Bulletin des Deutschen Jugendinstituts 3/2012.

BDL-Grundsatzpapier „Wir steh'n fürs Land.“

... die Vereinfachung der Beantragung und Abrechnung von Fördermitteln des Bundes und der EU.

... die Angebotsstruktur von Jugendarbeit zu überdenken, um sozialen Druck von einzelnen Jugendliche abzuwenden.

... den demografischen Wandel als Chance zu verstehen und die Investitionen in unsere Zukunft – die Kinder und Jugendlichen – qualitativ und quantitativ zu verbessern.

... Kooperationen von freien Trägern über Verbandsgrenzen hinweg zu denken und vorurteilsfrei zu ermöglichen.

... Offenheit für Kooperationen sowohl auf Seiten der öffentlichen als auch freien Träger sowie von Unternehmen, EntscheidungsträgerInnen etc.. Kommunen müssen sich als Koordinator, Initiator und Moderator eines komplexen Netzwerkes verstehen.

Mit einer Enthaltung einstimmig beschlossen auf der Bundesmitgliederversammlung des Bundes der Deutschen Landjugend am 9.11.2013 in Berlin.